



Jahresbericht 2020/21

Unser Einsatz für eine starke Demokratie

Inhalt

Jahr der Skandale – Jahr der Lobbykontrolle	3
Unsere Erfolge	4
Klimabremser zurückdrängen!	6
Macht der Digitalkonzerne	8
Studie zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft: Industrie in der Hauptrolle?	9
LobbyControl in Medien und Öffentlichkeit: eine starke Stimme in der Krise	10
Finanzbericht 2020	12
Das Jahr 2020 in Zahlen	14
Ausblick	15
Impressum	16



Liebe Unterstützerinnen und Unterstützer,
liebe Freund:innen von LobbyControl,

vor einem Jahr haben wir uns noch auf eine weitere Geduldprobe in puncto Lobbyregulierung eingestellt – dass das Thema so Fahrt aufnehmen würde, haben wir nicht erwartet. Ausgehend vom Lobbykandal um CDU-Jungstar Philipp Amthor im Juni musste die Union ihre Blockadehaltung aufgeben. In den monatelangen Verhandlungen zum Lobbyregister hat LobbyControl eine entscheidende Rolle gespielt: Unermüdlich haben wir das Thema in die Öffentlichkeit getragen – mit zahllosen Interviews, Hintergrundberichten und auch vor Ort mit Ihren Unterschriften. Wir haben der Politik unsere Expertise zur Verfügung gestellt, etwa als Sachverständige in der Anhörung im Bundestag. Mal war es ein zähes Ringen um Verbesserungen, mal war beherztes Eingreifen gefragt. Am Ende des Dauersprints stand im März 2021 die Verabschiedung des verpflichtenden Lobbyregisters! Diesen Erfolg konnten wir feiern – passend zum 15-jährigen Bestehen von LobbyControl, im Einsatz für mehr Transparenz in unserem Politikbetrieb.

Natürlich behebt das Register nicht alle Transparenzdefizite in Deutschland – dazu haben wir fundierte Analysen geliefert. Aber es ist eine Grundvoraussetzung, um Interessenvertretung und Einflussnahme demokratisch kontrollieren zu können. Und natürlich hat LobbyControl letztes Jahr auch auf andere Themenfelder geschaut: Wir bringen Klimabremser und käufliche Klimaforschung ans Licht, decken die Macht der Digitalkonzerne auf und setzen uns auch in der EU für Lobbytransparenz ein. Von den spannenden Meilensteinen lesen Sie in diesem Jahresbericht.

Als Mitglied des Vorstands beeindruckt mich immer wieder, wie sich dank des Engagements der Mitarbeiter:innen und aller Unterstützer:innen eine so starke Wirkung entfaltet. Und auch, dass in Krisenzeiten noch mehr Unterstützer:innen an unserer Seite stehen. Dafür danken wir Ihnen ganz herzlich.

Auch Heike Dierbach danken wir für ihr jahrelanges Engagement. Nach sieben Jahren hat sie den Vorstand letztes Jahr verlassen. Mit ihrer aktivistischen Energie und ihrer medienstrategischen Expertise hat sie den Verein ganz entscheidend voran gebracht und wir freuen uns, dass sie uns weiter eng verbunden bleibt!

Herzlichen Dank an alle, die LobbyControl unterstützen und fördern. Gemeinsam haben wir 2020 viel erreicht und blicken tatenlustig auf die Aufgaben, die vor uns liegen.

Herzliche Grüße,

Lea Hartung
Vorstandsmitglied



| Jahr der Skandale – Jahr der Lobbykontrolle

Nicht nur durch die Corona-Pandemie war 2020/21 ein Ausnahmejahr: Die Skandale reihten sich so dicht gedrängt aneinander wie noch nie, Journalist:innen rannten uns zeitweise fast die Türen ein. Gleichzeitig arbeiteten wir intensiv an Gesetzen und Regeln, für die wir uns schon seit unserer Gründung eingesetzt hatten und für die es nun endlich eine Chance gab, tatsächlich umgesetzt zu werden.

Mit Lobbyskandalen kennt LobbyControl sich in mittlerweile 15 Jahren Vereinsgeschichte recht gut aus. Doch selbst wir kamen im letzten Jahr aus dem Staunen nicht mehr heraus. Den Auftakt machte der Skandal um den CDU-Jungstar Philipp Amthor und seinen Lobby-Einsatz für das US-amerikanische Start-up Augustus Intelligence. Amthor hatte sich bei seinem Parteifreund Peter Altmaier für das Start-up starkgemacht und später dort einen Direktorenposten und Aktienoptionen erhalten. Der Vorgang löste eine heiße öffentliche Debatte über Lobbyismus, Interessenkonflikte und die Grenzen des Abgeordnetenmandats aus. Dann meldete der DAX-Konzern Wirecard Insolvenz an und wurde als Bilanzbetrüger erkennbar. Dieser Skandal von ungleich größerer Tragweite befeuerte die Debatte um Lobbyismus weiter. Mehrere Ex-Politiker und hochrangige Beamte hatten sich für den kriminellen Konzern bei der Bundesregierung eingesetzt. Der prominenteste der Wirecard-Lobbyisten, Ex-Minister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU), saß zugleich auch noch bei Augustus Intelligence im Verwaltungsrat und nutzte seine politischen Kontakte für beide Firmen.

Skandale als Fluch und Segen: Einigung beim Lobbyregister

Skandale wie diese beschädigen nicht nur das Ansehen der Politik und das Vertrauen der Bürger:innen, sondern unsere Demokratie insgesamt. Zugleich können sie den Druck im Kessel so erhöhen, dass längst überfällige Reformen endlich eine reelle Chance bekommen. Amthor und Guttenberg lieferten uns eine Steilvorlage, um den Druck vor allem auf die Union zu erhöhen, die sich der Lobbyregulierung jahrelang verweigert hatte. So gelang es uns, die Verhandlungen über ein Lobbyregister aus dem Dornröschenschlaf zu holen: Im Sommer verkündeten Union und SPD, das Register noch im selben Jahr einzuführen.

Wir begleiteten die Verhandlungen über die konkrete Ausgestaltung intensiv. Immer wieder setzte sich die Union im Hintergrund für schwächere Regeln und Lücken ein. Sie wollte beispielsweise keine gesetzliche Grundlage für das Register schaffen und eine Ausnahme für Lobbyarbeit gegenüber der Bundesregierung schaffen. Dass es doch anders kam, lag auch an unserem intensiven Einsatz. In zahlreichen Gesprächen mit der Politik argumentierten wir für Verbesserungen in den Entwürfen und waren damit an vielen Stellen erfolgreich. Im Ergebnis ist das Lobbyregister-Gesetz deutlich besser geworden, als wir vor einem Jahr erwarten konnten. Trotzdem hat es große Schwächen. Am gravierendsten: Es fehlt ein Lobby-Fußabdruck, der konkrete Einflussnahmen auf Gesetze sichtbar machen würde.



Campaigner Timo Lange bei der Anhörung zum Lobbyregister im Bundestag, Oktober 2020.

Maskendeals und Regeln für Abgeordnete

Mit den Affären um Maskendeals und Lobbygelder aus Aserbaidschan (siehe Kasten) im Frühjahr 2021 folgte die nächste Welle. Dass Abgeordnete von CDU und CSU die Pandemie ausnutzten, um sich die Taschen voll zu machen, während Bürger:innen um ihre Gesundheit und Existenz bangten, schlug dem Fass den Boden aus. Und es waren nicht nur Hinterbänkler, die gegen alle Regeln des politischen Anstands und zum Teil auch gegen Gesetze verstießen. Mit Georg Nüssel und Alfred Sauter waren durchaus hochrangige Politiker betroffen. Die Union wollte sich dennoch zunächst um ernsthafte Konsequenzen drücken und die Angelegenheit mit Ehrenerklärungen und freiwilligen Selbstverpflichtungen abräumen. Schließlich kam sie aber nicht darum herum, eine deutliche Verschärfung des Abgeordneten-gesetzes mitzutragen.

Viele unserer Forderungen werden nun umgesetzt: Entgeltliche Lobbyarbeit neben dem Mandat wird endlich verboten, Nebeneinkünfte werden auf Euro und Cent offengelegt, Beteiligungen deutlich transparenter und einiges mehr. Doch zufrieden sind wir auch hier noch nicht: Die Kontrolle und Durchsetzung der Regeln muss deutlich besser werden. Doch zur Einrichtung einer unabhängigen Aufsicht mit mehr Personal und Befugnissen konnte sich die Koalition zum Ende der Wahlperiode nicht mehr durchringen. Bisher liegen diese Kontrollaufgaben allesamt beim Bundestagspräsidenten, der zugleich Parteipolitiker ist. Ein struktureller Interessenkonflikt, den wir auflösen wollen.



Im Bündnis mit Campact forderten wir klare Kante von der Union. Mehr als 196.000 Unterschriften sammelten wir mit dem Appell und erzielten strengere Transparenzregeln für Abgeordnete.

Für die nächste Wahlperiode sind unsere Prioritäten klar: Das Lobbyregister muss durch einen Lobby-Fußabdruck für Gesetze ergänzt werden. Die Bundesregierung muss endlich dazu verpflichtet werden, ihre Lobbytreffen offenzulegen. Und Parteispendingen und -sponsoring müssen sowohl transparenter als auch in ihrem Umfang begrenzt werden. Wir brauchen eine saubere Politik, in der nicht der Geldbeutel über politischen Einfluss entscheidet.

| Unsere Erfolge

Trotz der vielen Skandale gab es im letzten Jahr viele Fortschritte:

Manchmal gelang das mit lautem Protest, manchmal durch intensives Nachforschen oder Aufklären.

Die Chronik zeigt wichtige Erfolge für mehr Transparenz.



JUNI 2020

Googles Lobbynetzwerk

Wie sieht das Lobbynetzwerk von Google in Deutschland und der EU aus? Monatelang hüllte sich der Konzern in Schweigen. Nach einem offenen Brief mit vielen Unterzeichner:innen erhielten wir endlich eine Antwort – und ein bisschen mehr Transparenz!



JULI 2020

Big Tech, Big Lobby

Unsere Recherchen zeigten, dass die großen Digitalkonzerne in der EU inzwischen zu den mächtigsten Lobbyplayern gehören. Die Ausgaben für Lobbyarbeit sind enorm, die Transparenz hingegen mangelhaft. Doch nach unserer Beschwerde beim EU-Transparenzregister haben Google, Facebook und Co. Teile ihrer Lobbynetzwerke offengelegt.

OKTOBER 2020

Etappenziel für das Lobbyregister

Endlich eine Einigung der Union für ein Lobbyregister! Lange wurde blockiert, doch nach dem Lobbyskandal um Amthor wurden die Rufe nach Transparenz immer lauter. LobbyControl machte im Medienrummel um die Affäre immer wieder deutlich, dass ein Lobbyregister als erste Maßnahme nicht länger verzichtbar ist.

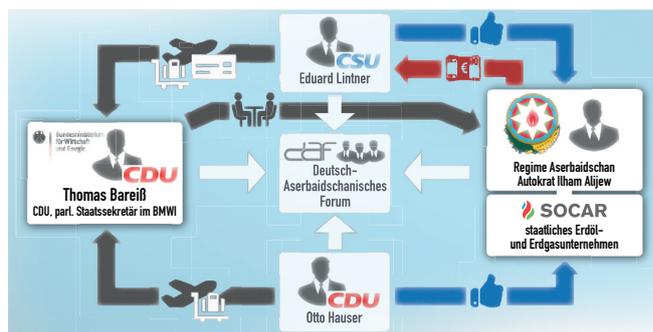
ASERBAIDSCHAN-SKANDAL ERNEUT IM FOKUS

Es ist kaum vorstellbar: Ein autoritäres Regime nimmt verdeckt Einfluss in Deutschland und Europa und die Aufklärung wird über Jahre verschleppt. Genau das passierte im Aserbaidschan-Skandal.

Seit 2017 machen wir auf offene Fragen in der Affäre aufmerksam und kritisieren die Union. Diese gibt sich keinerlei Mühe, den Skandal aufzuklären, obwohl hauptsächlich CDU- und CSU-Abgeordnete betroffen sind. Seit Anfang 2020 kam neue Bewegung in die Affäre, weil die Staatsanwaltschaft offensiver wegen Korruptionsverdacht ermittelte. Sie durchsuchte die Räume der CDU-Abgeordneten Karin Strenz † und des ehemaligen CSU-Politikers Eduard Lintner. Im März 2021 gab es Durchsuchungen beim CDU-Politiker Axel Fischer, dem ehemaligen Leiter der deutschen Delegation im Europarat. Im Maskenskandal geriet Mark Hauptmann (CDU) wegen Maskendeals und Aserbaidschan-Verbindungen ins Visier. Es gab eine erneute Welle an Berichterstattung und Recherchen.

Wir konnten unter anderem zeigen, dass der CDU-Staatssekretär Thomas Bareiß früher und enger in die Aserbaidschan-Netzwerke verstrickt war als bekannt. Aber bis heute gibt es

keine klare Reaktion der Union zu dem Skandal und viele Fragen bleiben offen. Das Thema wird uns noch länger begleiten. Denn der Aserbaidschan-Skandal ist kein exotisches Thema am Rande. Es geht um Menschenrechte und grundlegende Demokratiefragen. Wenn solche Skandale nicht aufgeklärt werden, dann meinen Abgeordnete und Lobbyisten weiterhin, sie könnten sich alles erlauben. Insofern sind die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen und die erneute öffentliche Aufmerksamkeit ein wichtiges Zeichen.

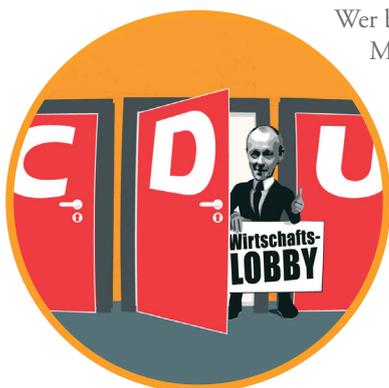


Staatssekretär Thomas Bareiß war mit den Aserbaidschan-Netzwerken der CDU enger verstrickt, als er zugeben möchte, wie LobbyControl gezeigt hat.

JANUAR 2021

Mehr Mitsprache bei der Digitalisierung

Wir beobachten genau, wer in der EU versucht, die wichtigen neuen Regeln für die Digitalisierung, etwa für die großen Plattformen, zu seinen Gunsten zu beeinflussen. Unser warnender Appell an die EU-Kommission zeigte erste Wirkung: Nachträglich wurden auch zivilgesellschaftliche Organisationen zu Gesprächen eingeladen.



MÄRZ 2021

Das Lobbyregister ist da!

Die Sektorkorken knallten: Seit der Gründung von LobbyControl war das Lobbyregister eine Kernforderung für mehr Transparenz. Nach einem intensiven Endspurt, um den Entwurf noch zu verbessern, wurde im März endlich ein solides Gesetz verabschiedet.

Klimabremser aufgedeckt

Wer blockiert in der Klimapolitik? Mit einer umfangreichen Studie beleuchteten wir einen mächtigen Lobbyverband: den Wirtschaftsrat der CDU, der oft als Parteigremium wahrgenommen wird. Viele Medien berichteten und griffen unsere Forderungen auf.

APRIL 2021



Lauter Protest gegen gekaufte Forschung

Eine Klimaleitstudie, an der sich die Politik orientieren will – doch über ein intransparentes Sponsoringmodell können Unternehmen aus den betroffenen Branchen sich Mitbestimmung einkaufen. Knapp 29.000 Unterschriften halfen uns, mehr Transparenz anzustoßen.

Klimabremser zurückdrängen!

Klimabremser und deren Netzwerke identifizieren, sichtbar machen und zurückdrängen – das ist das Ziel unserer Arbeit zu Klima und Lobbyismus. Als mächtigen, aber kaum bekannten Akteur hatten wir in den letzten Monaten vor allem den Wirtschaftsrat der CDU im Blick. Außerdem machten Verbindungen zwischen Gaslobby und Bundesregierung sichtbar.

Seien es die EU-Klimaziele, Abgasgrenzwerte für Autos oder Umweltstandards für Unternehmen in globalen Lieferketten – bei all diesen Themen fiel der Wirtschaftsrat der CDU als mächtiger Bremsklotz auf. Mit diesen Positionen prägt er wesentlich die CDU-Politik. Dabei ist kaum bekannt, dass der Wirtschaftsrat gar kein Parteigremium ist, sondern ein Lobbyverband. Formal ist der Wirtschaftsrat als Berufsverband ohne jegliche Parteiverbindungen organisiert, genießt damit Steuervorteile und ist von den Transparenzregeln des Parteiengesetzes befreit. De facto aber tritt er wie eine Parteivereinigung auf und profitiert von privilegierten Zugängen bis tief in die Partei hinein, so vor allem durch seinen ständigen Gastsitz im Parteivorstand samt Rederecht. Diese fragwürdige Konstruktion machten wir sichtbar und kritisierten sie. Dazu veröffentlichten wir eine umfangreiche Studie mit viel Hintergrundwissen zu Aufbau und Funktion des Verbands.

Die Inhalte der Studie wurden in vielen Medien (S. 10/11) aufgegriffen, auch in den sozialen Medien erzielten wir sehr viel Aufmerksamkeit. Wir organisierten außerdem Vernetzungstreffen mit Akteuren aus Umweltverbänden und Klimabewegung und stellten in einem Online-Crashkurs die Inhalte der Studie vor.

Die Verbindungen der Klimabremser aufdecken

In der Studie thematisierten wir auch die einzelnen Personen und deren Verflechtungen mit Klimabremsern. Vor allem machten wir immer wieder auf die problematische Doppelrolle von Wirtschaftsrat-Vize Friedrich Merz aufmerksam, der als Top-Lobbyist in politische Spitzenämter strebt. Im Kontext der CDU-Skandalserie rund um Maskendeals und die Aserbajdschan-Connection (s. S. 4/5) tauchten auch einige der Klimabremser-Akteure aus dem Umfeld des Wirtschaftsrats wieder auf. Wir nutzten Rechercheergebnisse aus der Studie, um auf die problematischen Neben-



LobbyControl beim Protest gegen einen erneuten Autogipfel vor dem Kanzleramt, Herbst 2020.

tätigkeiten des früheren energiepolitischen Sprechers Joachim Pfeiffer oder des parlamentarischen Staatssekretärs Thomas Bareiß aufmerksam zu machen. Unsere Arbeit – gemeinsam mit weiteren journalistischen Recherchen und Protesten aus der Umweltbewegung – zeigte Wirkung: Joachim Pfeiffer hat inzwischen seinen Rückzug aus dem Bundestag angekündigt, auch Thomas Bareiß geriet öffentlich unter Druck und die fragwürdige Rolle des Wirtschaftsrats ist bekannt geworden.

PROTEST GEGEN AUTO-LOBBYGIPFEL

Die Corona-Krise führte der Öffentlichkeit wie unter einem Brennglas vor Augen, welche privilegierten Zugänge die Autoindustrie zur Bundesregierung genießt. Während viele kleine Unternehmen im Lockdown im Frühjahr 2020 um ihr Überleben kämpften, sollte auf einem exklusiven Auto-Lobbygipfel eine Kaufprämie auch für CO₂-Schleudern beschlossen werden. Unser gemeinsamer Protest mit Umweltverbänden hatte Erfolg: Die Kaufprämie kam nicht, der Gipfel wurde abgesagt.

Doch schon im Herbst 2020 fanden weitere Autogipfel statt – erneut schlossen wir uns mit anderen zusammen, um einen echten Mobilitätsgipfel zu fordern. Auch an anderen Stellen kritisierten wir die viel zu große Nähe zwischen Autoindustrie und Bundesregierung: Wir recherchierten zum „permanenten Gesprächskanal“ nach Brüssel, den Kanzlerin Merkel für die Autoindustrie eingerichtet hatte, um strengere Abgaswerte zu verhindern. Unsere Forderung lautete immer wieder: Verkehrspolitik muss dem Gemeinwohl dienen, deswegen darf sich die Politik nicht einseitig auf die Autoindustrie ausrichten.



Unsere Studie zeigt, wie der Lobbyverband als Bremsklotz die Klimapolitik blockiert.

GEKAUFTE FORSCHUNG IST SCHLECHT FÜRS KLIMA

Ende März gingen wir mit scharfer Kritik am intransparenten und einseitigen Sponsoringmodell der DENA-Klimaleitstudie an die Öffentlichkeit. 28.000 Unterschriften sammelten wir mit unserem Appell und bewirkten Verbesserungen für die laufende Studie.

Die bundeseigene Deutsche-Energieagentur (DENA) legte im März 2021 erste Ergebnisse ihrer Leitstudie „Aufbruch in die Klimaneutralität“ vor. Doch wir deckten auf, dass die Studie, die der künftigen Klimapolitik die Richtung weisen soll, nicht wissenschaftlich neutral ist. Die Finanzierung über das Sponsoringmodell gibt den mehr als 70 „Partnern“ aus der Privatwirtschaft, darunter Fossil-Konzerne wie RWE und Thyssen-gas, Mitbestimmungsrechte.

Mit einer Protestaktion forderten wir, dieses Sponsoringmodell für Forschung im öffentlichen Interesse zu beenden, um Interessenskonflikte zu vermeiden. Unsere Kritik wurde gehört: DENA-Chef Andreas Kuhlmann lud uns zum Gespräch ein und wir konnten erste Verbesserungen durch transparente Angaben erwirken. Die DENA kündigte zudem an, das Studienmodell grundsätzlich zu überprüfen. Dennoch bleibt das einseitige Sponsoringmodell bestehen. Für uns bleibt das inakzeptabel – deshalb werden wir den Prozess weiter kritisch beobachten, bis die finale Studie im Herbst 2021 vorliegt.



Das schmutzige Märchen vom sauberen Gas

Während das Ende der fossilen Energien Kohle und Öl absehbar ist, genießt Erdgas einen völlig anderen Status. Es gilt als klimafreundlichster fossiler Brennstoff und als notwendige „Brückentechnologie“ in der Energiewende. Dabei warnen Expert:innen seit Jahren, dass die Schädlichkeit von Gas drastisch unterschätzt wird und keine neuen Investitionen mehr in Gas getätigt werden dürfen, um die Klimaziele zu erreichen. Zu diesem bizarren Widerspruch haben wir in den vergangenen Monaten intensiv recherchiert.

Derzeit werden in Deutschland 14 Milliarden Euro in Gasinfrastruktur investiert, zum Beispiel in die Flüssigerdgasterminals (LNG Terminals) an den deutschen Küsten oder natürlich in die Gaspipeline Nord Stream 2. Hier zeigt sich: Die Gasindustrie hat nicht nur eine sehr starke Lobby, sondern ist auch bestens im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie vernetzt. Die tragende Rolle von Gas im Klimawandel und die Notwendigkeit neuer Investitionen wurden zum Beispiel im „Gasdialog 2030“ verhandelt, einer exklusiven Runde allein aus Gasindustrie und Beamten des Ministeriums.

Natürlich weiß auch die Gasindustrie, dass ihr Geschäftsmodell angesichts der Klimakrise endlich ist. Daher spinnt sie nun das schmutzige Märchen von den klimaneutralen Gasen, vor allem Wasserstoff. Dieses Wundergas möchte die Gasindustrie gerne überall eingesetzt sehen – obwohl die Gewinnung von grünem Wasserstoff sehr viel energieaufwendiger ist als die direkte Nutzung von erneuerbaren Energien. Als Übergangslösung schlägt die Gasindustrie vor, Wasserstoff aus klassischen Quellen herzustellen: aus Erdgas. Eine dreiste Lobbystrategie, die wir sichtbar machen konnten: Wir schrieben Artikel auf unserer Webseite, wirkten in einer Sendung des Politikmagazins Monitor mit und unterstützten einen Artikel des Recherchezentrums Correctiv mit unserem Wissen. Auch in den sozialen Medien wiesen wir immer wieder auf diese Strategie hin – und werden die weiteren Entwicklungen genau beobachten.

| Macht der Digitalkonzerne

Google, Facebook, Amazon & Co gehören zu den mächtigsten Unternehmen der Welt. Doch gegen so viel Macht in den Händen weniger Digitalkonzerne wehren wir uns.

Es ist eine Gefahr für die Demokratie.

Besonders im Online-Wahlkampf wird sichtbar, wie die Macht der Digitalkonzerne die Demokratie gefährden kann: Während es für den Wahlkampf auf der Straße und im Fernsehen klare Regeln gibt, bleibt der digitale Wahlkampf weitgehend unregelt. Daher haben wir uns einem breiten zivilgesellschaftlichen Bündnis angeschlossen. Gemeinsam fordern wir die Parteien zu einer Selbstverpflichtung für einen fairen und transparenten Online-Wahlkampf auf. Und dazu, sich nach der Wahl für gesetzliche Regeln einzusetzen.

Auch die EU-Kommission hat das Problem erkannt und plant, die Macht der Internetplattformen zu beschränken. Mit dem sogenannten Digital Services Act (DSA) und dem Digital Markets Act (DMA) sollen neue verbindliche Regeln für digitale Dienste geschaffen und der Machtmissbrauch durch Amazon, Apple, Facebook und Google verhindert werden. Die Macht der Digitalkonzerne steht auf dem Prüfstand. Das ist gut so.



Die Digitalkonzerne gehören zu den stärksten Lobby-Akteuren in Brüssel. Doch wir brauchen Transparenz und ausgewogene Mitsprache bei der Digitalisierung.

Quelle: lobbyfacts.eu (Stand 09/2020)

Die Lobbynetzwerke von Google und Co aufdecken

Doch an strengeren Regeln sind Google, Facebook, Amazon & Co nicht interessiert und wehren sich mit harten Bandagen. Wie genau sie dabei vorgehen, ist häufig unklar. Daher haben wir im letzten Jahr die Lobbynetzwerke der Digitalkonzerne recherchiert. Dabei fiel auf: Oft sind Verbindungen zu Denkfabriken nicht öffentlich und nachvollziehbar. Erst auf unseren Druck hin wurden undurchsichtige Verbindungen transparent gemacht.



Offener Brief an Google: Campaigner Felix Duffy bringt unseren Appell mit fast 20.000 Unterschriften zum Briefkasten, um den Konzern zu mehr Transparenz zu bewegen.

Besonders intransparent ist dabei das Lobbynetzwerk von Google. In den USA hat Googles Lobbyabteilung eine Liste veröffentlicht, welche Organisationen vom Konzern unterstützt werden. Doch als wir entsprechende Informationen zu Europa anfragten, wurden wir von Google mehrfach vertröstet und hörten am Ende gar nichts mehr. Das wollten wir nicht hinnehmen. Mit einer Online-Aktion haben wir eine Antwort gefordert und schließlich erhalten – das ist ein Erfolg. Allerdings war Googles Antwort unvollständig und damit unbefriedigend.

Die EU will neue Regeln für die Digitalkonzerne

Transparenz der Digitalkonzerne kann nur ein erster Schritt sein. Daher mischen wir uns auch in die Diskussionen um den Digital Markets Act und damit in die Frage ein, wie die Macht der Digitalkonzerne beschränkt werden kann. Als der zuständige EU-Kommissar Thierry Breton im letzten Dezember exklusiv mit Tech-Konzernen die geplanten Regeln besprechen wollte, haben wir interveniert: In diesem Gesetzgebungsprozess dürfen nicht nur Konzerne angehört werden, es braucht Ausgewogenheit. Diese forderten wir in einem offenen Brief, der wirkte: Nach dem Lobbytreffen mit Big Tech lud der EU-Kommissar kurzfristig auch NGOs zu einem Gespräch über die neuen Regeln für Internetplattformen ein.

Die im Digital Markets Act vorgeschlagenen Regeln sind zwar ein Schritt in die richtige Richtung, doch es braucht noch mehr. Daher haben wir die zuständigen Berichterstatter:innen im EU-Parlament kontaktiert und sie zu den neuen Regeln ermutigt. Gleichzeitig haben wir auf die nötigen Nachbesserungen und weitere Maßnahmen wie Entflechtung verwiesen.

Für eine demokratische Digitalisierung braucht es eine breite öffentliche Debatte und eine ausgewogene Beteiligung. Einseitigen Lobbyeinfluss der Digitalkonzerne wollen wir verhindern und die Macht von Amazon, Google, Facebook und Co begrenzen.

Studie zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft: Industrie in der Hauptrolle?

Einmal alle 14 Jahre übernimmt jeder EU-Mitgliedstaat eine Führungsrolle in der EU: die EU-Ratspräsidentschaft. Von Juli bis Dezember 2020 durfte Deutschland diese Rolle übernehmen. Wir haben beleuchtet, wie dieses intransparente Gremium zur Zielscheibe für Lobbyisten wird und Interessen der Industrie umsetzt – und von der deutschen Ratspräsidentschaft einen Kurswechsel zu Ausgewogenheit und Transparenz gefordert.

Bei der Ratspräsidentschaft geht es um nichts Geringeres als den Vorsitz des EU-Ministerrats: das Gremium der nationalen Regierungen, das zusammen mit Kommission und Parlament die Gesetze erlässt. Vertreter:innen eines Landes führen dann für ein halbes Jahr die Verhandlungen des EU-Ministerrats, setzen Themen an, führen Einigungen herbei und können der EU-Politik so ihren eigenen Stempel aufdrücken.

Der Rat der EU als „Bad Guy“

Der Rat der EU nimmt ziemlich oft eine destruktive Rolle bei der EU-Gesetzgebung ein und blockiert. Dabei ist er äußerst intransparent und lässt sich nicht in die Karten gucken. Bürgerinnen und Bürger wissen absurderweise oft nicht, welche Positionen ihre eigene nationale Regierung im Rat der EU vertritt. Und das



Campaignerinnen Nina Katzemich und Annette Sawatzki bei einer Protestaktion in Brüssel (2019).



Die Studie (DIN-A4-Broschüre, 80 Seiten) können Sie auf unserer Webseite bestellen oder online lesen.

ist so gewollt: Die Regierungen wollen ohne Öffentlichkeit die Zustimmung zu Gesetzen miteinander aushandeln. Ob Chemikalien, Abgase oder Steuern: Diese Situation hat in der Vergangenheit immer wieder dazu geführt, dass die Deals nicht im Sinne der Öffentlichkeit, sondern im Interesse großer Konzerne ausfielen. Diese wissen, wie sie die Intransparenz des Rats für sich nutzen können, und haben die finanziellen und personellen Ressourcen für intensive Lobbyarbeit.

Eine paneuropäische Studie

Gerade Deutschland hat dabei in der Vergangenheit oft eine ziemlich unrühmliche Rolle gespielt. In unserer Studie „Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft: Industrie in der Hauptrolle?“ haben wir Fallbeispiele zusammengetragen, in denen die Bundesregierung Gesetzesvorschläge zugunsten ihrer Auto-, Fisch- oder Gasindustrie (und viele mehr) beeinflusst hat.

Wir wollten vor Beginn der deutschen Ratspräsidentschaft zwei Forderungen stark machen:

1. Deutschland darf seine wichtige Rolle nicht missbrauchen, um Politik im Interesse finanzstarker Lobbyisten zu machen, sondern muss Politik im Sinne des Gemeinwohls verfolgen.
2. Deutschland muss sich dafür einsetzen, dass das Gremium der nationalen Regierungen endlich transparenter wird.

Diese Forderungen trugen wir unter anderem in einem gemeinsamen Brief der Zivilgesellschaft an Bundeskanzlerin Merkel heran. Die Studie fand sehr breite mediale Resonanz, unter anderem im Spiegel. Außerdem boten wir mit einem Webinar die Möglichkeit, sich mit den Inhalten der Studie vertraut zu machen.

Ein gemeinsames Transparenzregister für die EU

In puncto Ratstransparenz haben wir einen Teilerfolg erzielt: Unter Führung der Bundesregierung ist der Rat dem EU-Transparenzregister beigetreten, dem Lobbyregister der EU. Dieses galt bisher nur für Kommission und Parlament. Der Einblick in die Lobbyarbeit des Rats ist zwar noch nicht ausreichend, aber es ist jetzt beispielsweise sichtbar, welche Lobbyisten Zugang zu den Gebäuden des Rats in Brüssel haben oder sich mit den obersten Diplomaten des Landes treffen, das gerade die Ratspräsidentschaft innehat. Es gibt damit nun endlich ein Lobbyregister, das für alle EU-Institutionen gilt.



LobbyControl in Medien und Öffentlichkeit: eine starke Stimme in der Krise

Auch im vergangenen Jahr war LobbyControl ein gefragter Ansprechpartner für die Medien. Täglich erreichten uns Anfragen von Presse und Medien, besonders während der Serie an Lobbykandalen. Auch über die sozialen Medien folgen inzwischen fast 89.000 Personen regelmäßig unseren Aktivitäten.

LobbyControl ist als Experte für Lobbythemen etabliert und zu einer starken Stimme in den Medien geworden, so auch 2020. Die Lobbykandale und der damit verbundene Medienrummel bedeuten für LobbyControl immer auch eine besonders starke Welle an Anfragen: Im Skandaljahr mit den Fällen um Amthor, Wirecard oder der Maskenaffäre bedeutete das für unsere Campaigner:innen phasenweise einen regelrechten Marathon an Interviews. Es gilt, schnell zu reagieren, die Situation einzuschätzen und die richtigen Forderungen deutlich zu machen. Unsere Lobbyexpertinnen und -experten kommentierten und erklärten dabei auch Details und Hintergründe und machten die oft komplexen Sachverhalte verständlich.

Doch neben schnellen Reaktionen und Einschätzungen des politischen Tagesgeschehens tragen auch unseren eigenen Recherchen dazu bei, Themen in den Medien zu platzieren. Über unsere Studie zum Wirtschaftsrat der CDU (Seite 6) berichteten unter anderem die Süddeutsche Zeitung, Spiegel Online und Zeit Online. Die ZDF-Kabarettssendung „Die Anstalt“ verarbeitete unsere Studie sogar zu einer eigenen Kabarettnummer samt Tafelbild. Auch unsere Kritik am intransparenten und einseitigen Finanzierungsmodell der „Klimaleitstudie“ der Deutschen Energie-Agentur (DENA) wurde aufgegriffen: die tageszeitung taz und die Süddeutsche Zeitung berichteten. Doch auch 28.000 Unterschriften unter unserem Online-Appell halfen uns, bei der





Die Expertise von LobbyControl ist in den Medien gefragt.

Links: Timo Lange kommentiert in der Tagesschau den Amthor-Skandal, Christina Deckwirth spricht bei RTL über die Autolobby.

Oben: Imke Dierßen kommentiert im ARD-Hauptstadtstudio die Maskenaffäre, Max Bank spricht im Politikmagazin Monitor zu Strategien der Gaslobby.

dena Gehör zu finden und eine öffentliche Debatte anzustoßen (Seite 7).

LobbyControl auf allen Kanälen

Knapp 2.000 Erwähnungen in Medien gab es im vergangenen Jahr. Darunter waren einerseits Beiträge in Leitmedien wie ARD und ZDF, etwa Interviews für die Tagesschau, den ARD Nachbericht aus Berlin oder das ZDF heute journal. Doch auch fernab des öffentlich-rechtlichen Rundfunks tummelt sich eine interessierte Öffentlichkeit. So war Campaigner Timo Lange bei Youtuber Marvin Neumann zu Gast und Christina Deckwirth sprach im Podcast „Lou klärt“ mit der Influencerin Louisa Dellert über Lobbyismus.

Insbesondere unsere Arbeit zur Lobbymacht der Digitalkonzerne interessierte vereinzelt auch internationale Journalisten. So konnte man sogar in der New York Times, dem New York Magazine oder mehreren spanischsprachigen Tageszeitungen wie El Periódico von unseren Studien zum Lobbyeinfluss der Internetgiganten lesen.

Auch über die sozialen Medien informieren wir die Öffentlichkeit, kommunizieren mit Unterstützer:innen, der Presse und verbündeten Akteuren. Immer mehr Menschen folgen unseren Kanälen auf Twitter und Facebook und gerade auf Instagram haben wir im letzten Jahr das Publikum stark vergrößert: von 3.000 auf über 11.000 „Follower:innen“.

Wir nutzen all diese Kanäle, um eine breite Öffentlichkeit zu informieren und politisches Engagement in unserer Gesellschaft zu ermöglichen und zu fördern. Mit dieser starken Stimme im Rücken gelingt es uns, mit unseren Forderungen nach mehr Kontrolle und Transparenz bei der Politik durchzudringen. Schauen Sie doch mal vorbei und diskutieren Sie mit uns!



Kritik an Klimastudie

Firmen erkaufen sich Mitsprache

Die Deutsche Energie-Agentur beteiligt Unternehmen an der Erstellung einer Klimastudie – gegen Geld. Die NGO LobbyControl kritisiert das scharf.



SPIEGEL Politik

Gesetzentwurf von Union und SPD

Geplantes Lobbyregister laut Kritikern "mangelhaft"

Die Große Koalition legt einen Gesetzentwurf für die Einführung eines Lobbyregisters vor. Bei Verstößen drohen empfindliche Strafen. Doch die Vereine Lobbycontrol und Abgeordnetenwatch äußern scharfe Kritik.



| Finanzbericht 2020

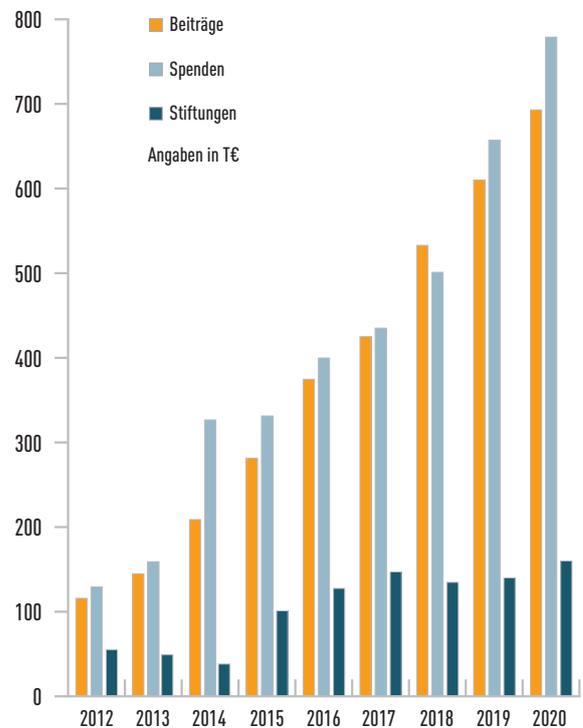
Trotz der Unsicherheiten im Pandemiejahr 2020 stehen wir finanziell auf sicheren Beinen. Treue Unterstützer:innen sichern uns durch Fördermitgliedschaften und Spenden eine unabhängige finanzielle Basis. Dieses Engagement ist gerade in kritischen Zeiten nicht selbstverständlich. Wir danken allen ganz herzlich!

Einnahmen

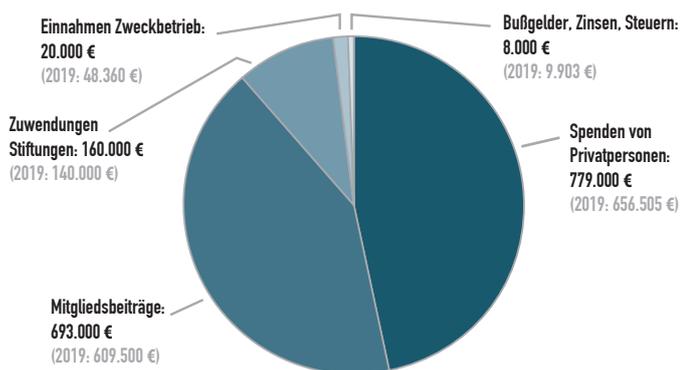
LobbyControl hatte 2020 Einnahmen in Höhe von insgesamt 1.659.000 €. Das ist ein Zuwachs von gut 13 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Den Großteil der Einnahmen machen erneut die **Mitgliedsbeiträge** unserer Fördermitglieder und Spenden aus, welche uns 2020 knapp 89% der Einnahmen sichern (1.472.000 €). Insgesamt haben uns im vergangenen Jahr 12.002 Privatpersonen unterstützt, davon 6.552 regelmäßig zahlende Fördermitglieder, 585 mehr als im Vorjahr. Insgesamt sind die Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden auch in 2020 weiter angestiegen (siehe Diagramm „Vergleich des Spenden- und Beitragsaufkommens“).

Die **institutionelle Förderung** durch Stiftungen blieb auch 2020 bei 10% unserer Einnahmen. Zuwendungen von institutionellen Spendern geben wir ab 100 Euro an. 2020 erhielten wir 60.000 Euro von unserem langjährigen Förderer, der Olin gGmbH (www.olin-ggmbh.de), die uns erfreulicherweise auch für 2021 eine Unterstützung in Höhe von 100.000 Euro zugesichert hat. Seit 2018 unterstützt uns zudem die Schöpfli Stiftung (www.schoepfli-stiftung.de), im Jahr 2020 mit 100.000 Euro. Auch die Schöpfli Stiftung hat uns bereits eine weitere Förderung für 2021 in Höhe von 100.000 Euro zugesagt, worüber wir uns sehr freuen. Vielen Dank!

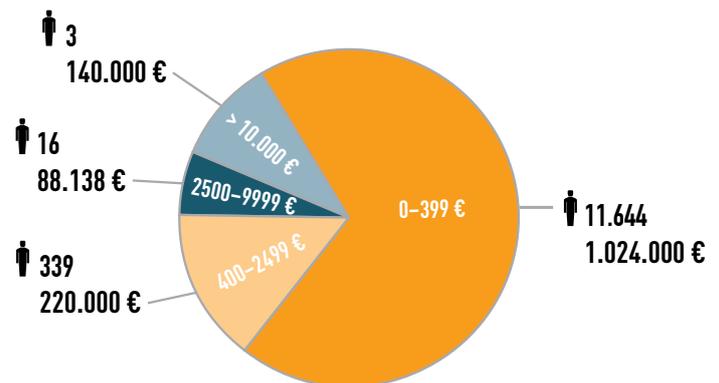
Vergleich des Spenden- und Beitragsaufkommens



Einnahmen 2020



Spendensumme / Mitgliedsbeiträge 2020





Das Team dankt der LobbyControl-Gemeinschaft für die Unterstützung im Corona-Jahr.

Zusätzlich veröffentlichen wir auch **private Spenden** ab einer Spendensumme von 10.000 Euro namentlich. Dazu gehörten 2020:

- Bettina Bock mit 51.000,00 €,
- Marc-Uwe Kling mit 13.466,19 € und
- Frank Hansen mit 76.000,00 €.

Für diese erneute und großzügige Unterstützung im letzten Jahr bedanken wir uns ganz herzlich!

Im Corona-Jahr sind die Einnahmen aus unseren lobbykritischen **Stadtführungen** in Berlin gesunken, denn den Großteil der Touren durch den Berliner Lobbydschungel mussten wir absagen. Der Zweckbetrieb, zu dem auch der Verkauf unserer Publikationen zählt, ist zwar keine tragende Säule unserer Finanzierung, aber wir hoffen, bald wieder vor Ort diese wichtige politische Bildungsarbeit leisten zu können.

Ausgaben

LobbyControl hatte 2020 mit 1.239.000 € etwas höhere Ausgaben als im Vorjahr. Die um gut 3 % gestiegenen Ausgaben liegen hauptsächlich in den höheren Personalkosten durch kleinere Auf-

stockungen und regelmäßige Gehaltserhöhungen begründet. Andere Ausgaben wurden durch die Corona-Pandemie eingespart, z. B. Reise- und Veranstaltungskosten.

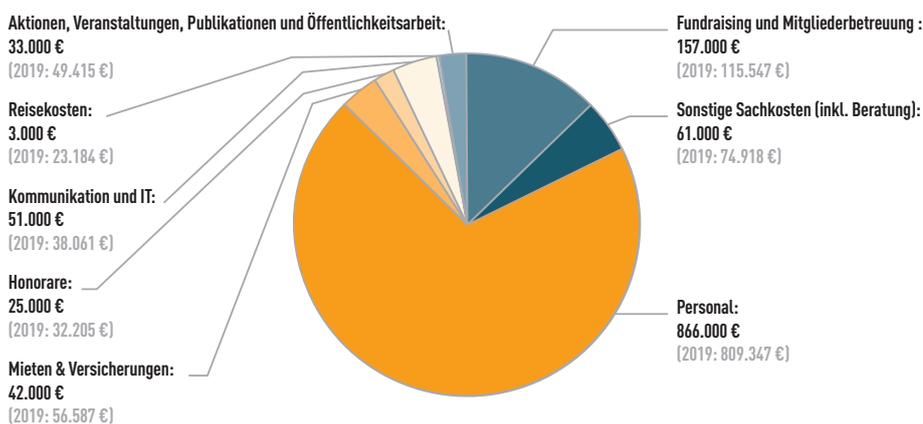
Mit 866.000 € machen die Personalkosten rund 70 % der Ausgaben aus. Ende 2020 hatte LobbyControl 21 hauptamtliche Mitarbeitende, die teilweise in Teilzeit tätig sind (das entspricht 13,5 Vollzeitäquivalenten), und eine Praktikumsstelle.

Ergebnis und Ausblick

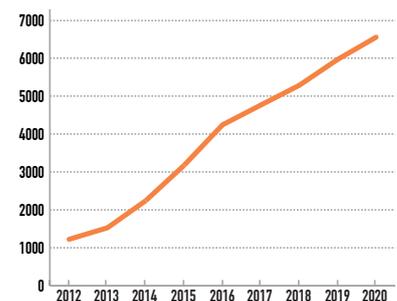
Insgesamt konnten wir 2020 mit einem positiven Ergebnis in Höhe von rund 420.000 € abschließen, insbesondere dank der vielen Spenden und Fördermitgliedschaften. Damit wird das bereits positive Vorjahresergebnis nochmals übertroffen. Unsere volle Aufmerksamkeit wird der Bundestagswahl im Herbst gelten – dank unserer Rücklagen wird es möglich sein, zu diesem Zweck mehr Personal und Kampagnen rund um die Wahl zu finanzieren.

Nur mit einer stabilen finanziellen Basis können wir unsere Ziele erreichen. Deshalb freuen uns sehr, wenn Sie uns auch in 2021 beiseitestehen! Herzlichen Dank!

Ausgaben 2020



Entwicklung der Fördermitgliedschaften



| Das Jahr 2020 in Zahlen

 **Spenden**
1.266.000 €

 **Fördermitgliedschaften**
6.552

 **Presseerwähnungen**
>1.840

 **Pressemitteilungen**
48

 **Blogbeiträge auf unserer Webseite**
68

 **Tweets + Posts**
1.192

 **Fans und Follower**
88.783

 **Unterschriften unter unseren Appellen (2020/21)**
102.482

 **Stadtführungen unter Corona-Bedingungen**
70

 **Mitarbeiter:innen in Köln und Berlin**
21

VERSTÄRKUNG IM TEAM

Bei LobbyControl wächst nicht nur der Kreis der Unterstützer:innen, auch das Team hat im vergangenen Jahr wieder tatkräftige Verstärkung bekommen.



Katrin Gehles hat im Oktober 2020 als Geschäftsführerin das Ruder im Finanz- und Organisationsbereich übernommen. Sie ist Diplomkauffrau und promovierte Mathematikerin und bringt ihre langjährige Berufserfahrung als Kreditberaterin bei der GLS Bank und Bereichsleiterin bei der EnergieAgentur.NRW nun für unsere verlässlichen Finanzen ein.



Gestärkt wird sie dabei seit April 2021 von **Iris Madeja**, unserer neuen Referentin für Finanzbuchhaltung und Verwaltung. Die gelernte Industriekauffrau arbeitet bereits seit vielen Jahren im Non-Profit-Bereich.



Als Elternzeitvertretung für Maria Potthoff im Bereich Mitgliederkommunikation beginnt außerdem **Lina Dingler**, die ihr Studium in Politischer Kommunikationsforschung absolviert hat. Damit sorgt ein starkes Team dafür, dass mit der wachsenden Anzahl an Spender:innen, Fördermitgliedern und auch Teammitgliedern die Verwaltung und Kommunikation reibungslos bleibt.



Auch in der politischen Geschäftsführung gibt es neben Imke Dierßen ein neues und doch vertrautes Gesicht: **Jörg Rohwedder** hat LobbyControl schon während der Gründung als Geschäftsführer der Bewegungsstiftung begleitet. Nun vertritt er Heidi Bank während ihrer Elternzeit.

Wir heißen euch alle noch einmal herzlich willkommen und freuen uns über den frischen Wind, den ihr in unsere Organisation bringt!



| Ausblick

Das Jahr 2021 steht im Zeichen einer wichtigen Bundestagswahl.

Lobbyismus hat Hochkonjunktur.

Der Wahlkampf nimmt Fahrt auf. Neben den Parteien stehen auch die Lobbyist:innen in den Startlöchern. Sobald sich die neue Regierung bildet, werden sie wieder mit allen Mitteln versuchen, ihre Interessen durchzudrücken. Wir werden das beobachten, aufdecken und kritisieren.



Lobbyismus in der Klimapolitik

Der Streit um den besten Weg aus der Klimakrise wird den Wahlkampf prägen. Gerade Lobbyist:innen aller Konzerne, die immer noch mit fossiler Energie Gewinne machen, werden für ihre Interessen alle Register ziehen. Wie gut sie mit Spitzenpolitiker:innen vernetzt sind, ist viel zu wenig bekannt. Sicher aber ist, dass diese Nähe zwischen Unternehmen und Politik echten Klimaschutz schon viel zu lange aufhält. Wir werden herausfinden und bekannt machen, wie „Klimaschutzbremser“ die Politik beeinflussen, und wir werden Politiker:innen auffordern, die Interessen von Umwelt und uns Bürger:innen über die Interessen der Konzerne zu stellen.



Transparenz und strenge Regeln

Transparenz und strenge Regeln helfen sehr, für die nötige Distanz zwischen Lobbyist:innen und Politik zu sorgen. Hier konnten wir zuletzt wichtige Erfolge feiern: Lobbyist:innen müssen sich bald in ein Lobbyregister eintragen, und die Regeln für Abgeordnete wurden verschärft. Leider haben CDU/CSU weitere Fortschritte blockiert. Obwohl sich etliche ihrer Abgeordneten mit dubiosen Maskengeschäften bereichert haben und einige von ihnen anrühige Verbindungen zum autoritären Regime in Aserbaidschan haben, hofft die Union offensichtlich, das aussitzen zu können. Nicht mit uns: Kurz vor der Wahl werden wir mit unserem großen Lobbyreport eine gemischte Bilanz ziehen.

Es sollte selbstverständlich sein, dass Parlament und Öffentlichkeit nachvollziehen können, wer mit welchem Ziel ein konkretes Gesetzesvorhaben beeinflusst hat. Auch diese „Lobby-Fußspur für Gesetze“ ist am Widerstand der Union gescheitert. Wir werden uns nach der Wahl aufs Neue mit aller Kraft für die Fußspur einsetzen. Und wir wollen mehr darüber wissen, wie sich die Parteien finanzieren. Wir wollen die Sponsor:innen kennen und fordern, dass Parteispenden gedeckelt und bereits ab wenigen Tausend Euro veröffentlicht werden müssen.



Konzernmacht begrenzen

Spannend wird es für uns auch in der EU, wo die Kommission mit dem „Digital Markets Act“ plant, Konzerne wie Facebook, Amazon und Co in die Schranken zu weisen. Die werden in den nächsten Monaten Millionen ausgeben und massiv Lobbying betreiben, um ihr profitables Geschäftsmodell zu verteidigen. Wir werden gemeinsam mit anderen dafür kämpfen, dass sie damit erfolglos bleiben.

Ihre gigantische wirtschaftliche Macht erlaubt es Konzernen, sich Vorteile zu verschaffen: Sie drängen Konkurrenten vom Markt und beeinflussen die Politik in ihrem Sinne. Viel zu oft wälzen sie dabei die sozialen und ökologischen Kosten auf die Gesellschaft ab. Diese erhebliche Konzentration von Macht schadet der Demokratie. Die Politik muss dringend ihre Instrumente stärken, um Konzernmacht zu beschneiden. Wir wollen mit Analyse und konkreten Vorschlägen Alternativen sichtbar machen, zum Beispiel mit einer Fachveranstaltung im nächsten Frühjahr.

Es bleibt also auch im nächsten Jahr reichlich für uns zu tun.

**Wir danken Ihnen herzlich,
dass wir Sie an unserer Seite wissen!**

| Unsere Transparenz-Grundsätze für Großspenden

Wir sind unabhängig und deswegen glaubwürdig. Damit das so bleibt, haben wir uns folgende Grundsätze gegeben.

- Wir nehmen keine Spenden von Unternehmen an.
- Wir veröffentlichen in unserem Jahresbericht die Namen der Spender:innen, die uns im Vorjahr mit einer Gesamtsumme ab 10.000 Euro unterstützt haben.
- Wir halten uns freiwillig an die Richtlinien der Initiative Transparente Zivilgesellschaft und sind im Lobbyregister der EU eingetragen: Auf unserer Homepage finden Sie unsere Satzung, die Finanzberichte sowie die Datenschutzerklärung.
- Wir haben eine Spenden-Obergrenze. Einzelne Spender:innen können maximal 10 Prozent zu unserem Jahresbudget beitragen.

| Über LobbyControl:

LobbyControl ist ein gemeinnütziger Verein, der über Machtstrukturen und Einflussstrategien in Deutschland und der EU aufklärt. Wir liefern aktuelle Recherchen und Hintergrundanalysen. Mit Kampagnen und Aktionen machen wir Druck für politische Veränderung. LobbyControl setzt sich ein für eine lebendige und transparente Demokratie.

LobbyControl ist Mitglied der Steuerungsgruppe des europäischen Netzwerks „Allianz für Lobbytransparenz und ethische Regeln (Alter-EU)“ sowie des Rechercheverbundes „European Network of Corporate Observatories (ENCO)“.

LobbyControl ist Teil der „Initiative Transparente Zivilgesellschaft“. Mehr zu unserer Transparenz und unseren Finanzen finden Sie unter www.lobbycontrol.de/initiative-transparente-zivilgesellschaft/

| Impressum

**LobbyControl –
Initiative für Transparenz und Demokratie e.V.**

Am Justizzentrum 7
50939 Köln
Tel: 0221 – 99 57 15-0
Fax: 0221 – 99 57 15-10
kontakt@lobbycontrol.de
www.lobbycontrol.de

Redaktion/ V.i.S. d.P.:
Kathrin Anhold

Grafik und Layout:
blickpunkt x, Köln

Fotos:

Titelseite: ARD Tagesschau/Screenshot, Florian Boillot/LobbyControl, ARD Nach-
bericht aus Berlin/Screenshot, Christian Mang/LobbyControl, Bundestag Livestream/
Screenshot; S. 2 Jakob Huber/LobbyControl; S. 3 Bundestag Livestream/Screenshot;
S. 3–5 Grafiken: Holger M. Müller/LobbyControl; S. 4 emerald_media/AdobeStock;
S. 6–7 Christian Mang/LobbyControl, Grafik: Holger M. Müller/LobbyControl; S. 9
Lode Saidane/LobbyControl; S. 10–11 ARD Tagesschau/Screenshot, RTL/Screenshot;
ARD Nachbericht aus Berlin/Screenshot, WDR Monitor/Screenshot, Icon/motorama/
AdobeStock; S. 14 privat, Icons: WonderfulPixel/Fotolia, sharpnose/AdobeStock,
antto/AdobeStock, motorama/AdobeStock; S. 15 Jakob Huber/LobbyControl
Für die nicht ausgewiesenen Fotos: LobbyControl

Lizenz:
CC BY-NC-ND 4.0
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

LobbyControl wird 2021 unterstützt von:

www.schoepflin-stiftung.de

Schöpflin Stiftung:

www.olin-ggmbh.de

